

Ulla Machlitt

## Das Bauhaus vor dem Hintergrund sozialökonomischer Strukturen und politischer Kräftegruppierungen in Dessau 1925 bis 1930

„April 1925. Die Stadt Dessau, ein Zentrum des mitteldeutschen Braunkohlenreviers mit aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung, faßt den Beschluß, geleitet von dem kulturellen Weitblick seiner Stadtverwaltung, das Bauhaus zu übernehmen.“ [1]

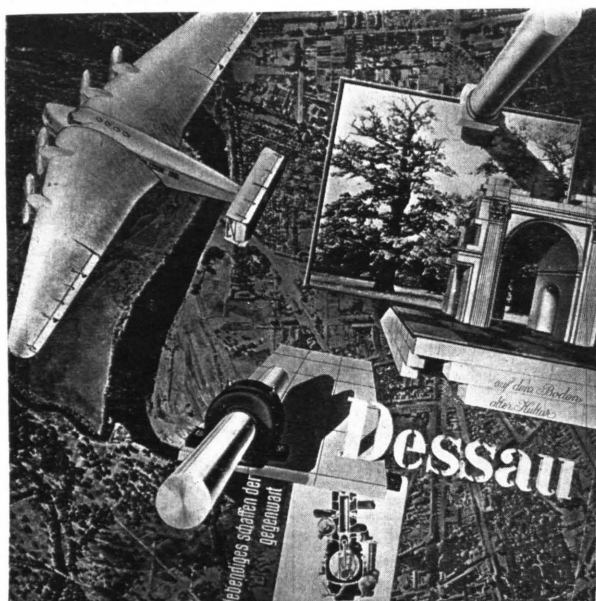
In diesen Worten von Walter Gropius spricht die Hoffnung mit, die Stadt Dessau möge infolge ihrer andersartigen wirtschaftlichen und sozialen Struktur dem Bauhaus aufgeschlossener gegenüberstehen als die Stadt Weimar.

Auch in Dessau trat man mit bestimmten Erwartungen an das Bauhaus heran. Im Anhalter Anzeiger vom 10. März 1925 bemüht sich der anhaltische Landeskonservator Dr. Ludwig Grote um Antwort auf die Frage, was das Bauhaus für die Stadt bedeuten könne. Dessau stehe im Begriff, schreibt er, sich durch schnellen Entschluß an die Spitze der künstlerischen Entwicklung Deutschlands zu stellen. „Hier, im mitteldeutschen Industriegebiet, werden dem Bauhaus *die* praktischen Aufgaben ge-

stellt, die für die Verwirklichung seiner Ideen und zu ihrer Klärung dienen ...

Bei der schnellen wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Dessaus können dem Bauhaus Aufgaben erwachsen, die fast ideal genannt werden müssen. Mit Gropius wird ein führender Architekt für industrielle Bauten nach Dessau kommen. Neben Fabrikanlagen müssen Siedlungen und Wohnungen für Arbeiter und Angestellte geschaffen werden, wobei der Gedanke des Typenhauses und seiner rationellen Bauweise zur Ausreifung kommen könnte.“ [2] Die Bauhausidee könne ferner Anregungen für alle Lebensgebiete, zum Beispiel für die Erneuerung des Theaters, bringen.

Welche neuen Voraussetzungen bot die Stadt Dessau für die Entwicklung des Bauhauses? Im folgenden sollen die Beziehungen zwischen der Stadt (ihrem wirtschaftlichen Umfeld, ihren kommunalen Problemen und politischen Kräftegruppierungen) und der Hochschule für Gestaltung, die sie in ihre Mauern aufgenommen hatte, untersucht werden.



1 Stadtführer Dessau, Titelseite Gestaltung Joost Schmidt, um 1930

### Die Industrie des Dessauer Raumes während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus

Das Bauhaus übersiedelte aus dem vorwiegend durch Handwerks-, Klein- und Mittelbetriebe bestimmten Weimar nach einem Zentrum des sich entwickelnden einheitlichen Wirtschaftsgebietes zwischen Wittenberg/Piesteritz und Merseburg/Leuna. Sein Rückgrat bildeten die Werke der IG Farben in Piesteritz, Wolfen und Leuna, die Braunkohlengruben des Bitterfelder und Köthener Reviers, die Elektro-Basis Golpa-Zschornewitz und die Kaliwerke von Staßfurt-Leopoldshall. In diesem Gebiet, das ständig Zuzug von Arbeitskräften erhielt, waren 22 % der Chemie-Industrie des imperialistischen Deutschlands konzentriert. Um die Verkehrs- und Siedlungsplanung im Interesse der Monopole im Griff zu behalten, bemühte man sich um die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen, und zwar nicht nur für einzelne Städte (Dessau), sondern für ganze Landstriche.

Die wirtschaftliche Konzentration und Vergrößerung der Monopole ging einher mit der Forderung nach politischer Zusammenfassung. Die Auflösung des Freistaates Anhalt und seine territoriale Eingliederung in die ihn umgebende preußische Provinz Sachsen konnte nur noch eine Frage der Zeit sein. Das Problem wurde vor 1933 jedoch nicht mehr gelöst.

Im Wirtschaftsgebiet nahm die *IG Farben* die beherrschende Stellung ein. Im Dezember 1925 waren die Fusionsverhandlungen im deutschen Anilin-Konzern zum Abschluß gekommen. Damit war der größte deutsche Trust, ein Partner der internationalen Chemiekonzerne, geschaffen. Die IG Farben garantierte ihren Aktionären hohe Dividenden (12–13 %), vor allem durch die rationelle Verwertung neuer Patente, u. a.

- für die Produktion von Stickstoff- und Phosphat-Mischdünger (Ausbau der ehemals reichseigenen Stickstoffwerke Piesteritz);
- für die Kohleverflüssigung in verschiedenen Verfahren (Piesteritz–Leuna) zur Herstellung flüssiger Brennstoffe und zur Gewinnung des Ausgangsproduktes Teer für die Farbenindustrie;

- für die Produktion von Farben und Kunstseide (Ausbau der Greppiner Werke in raschem Tempo; die Anlagen der Agfa in Wolfen-Greppin gehörten zu den ersten Werken, in denen Kunstfasern hergestellt und eingefärbt wurden).

Dessau wurde in den zwanziger Jahren Wohnstadt für die Arbeiter und Angestellten der IG Farben. Der Konzern ließ 1928/29 zwischen Kiefernweg und Ziebigker Straße die sogenannte Wolfener Siedlung errichten.

Neben den IG Farben zeigte sich der monopolistische Konzentrationsprozeß am stärksten beim *deutsches Kali-syndikat*. In der Kaliindustrie wurden unter Führung einiger beherrschender Großwerke Konzerne und Großkonzerne gebildet. Sie legten die für sie unrentablen Betriebe still und konzentrierten die Erzeugung von Kali und Nebenprodukten auf die Werke mit den besten bergbaulichen und fabriktechnischen Grundlagen. Opfer dieser Entwicklung wurden zum Beispiel die älteren, einst bedeutenden Kali- und Salzbergwerke von Leopoldshall. Das ausgebeutete und landschaftlich zerstörte Leopoldshall verödete. Die Arbeiter der Fabriken und Bergwerke fanden keine Beschäftigung mehr.

Die Braunkohlengruben um Bitterfeld und Köthen, die zum Verband des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats gehörten, bildeten die Brennstoffbasis des genannten Raums. So lieferte Golpa Kohle an das benachbarte Großkraftwerk Zschornewitz, damals eines der leistungsfähigsten der Welt, das seine Energie in den entstehenden Hochspannungsring Sachsen-Anhalt einspeiste.

Auch auf dem Gebiet der Kohlevergasung wurden bedeutende Fortschritte erzielt. In Magerburg-Rothensee, an der Kreuzung der Elbe mit dem weitergeführten Mittellandkanal, wurden Ende der zwanziger Jahre eine Großgaserei, ein Großkraftwerk und weitere Folgebetriebe errichtet, die mit Ruhrkohle, die über den Kanal herangeführt wurde, arbeiteten. Von hier wurden die Rohre der Ferngasleitung über Dessau bis Leipzig verlegt. Hauptbeteiligte am Unternehmen der Gasfernversorgung war die Continental-Gas-Gesellschaft mit Sitz in Dessau.

Die Aktien der „jungen“ Industrien – der chemischen und der Kaliindustrie sowie der Gas- und Elektroenergiebasis – standen günstig. Diese Industriezweige hatten einen Vorsprung in der technischen und organisatorischen Rationalisierung und bei den nationalen und internationalen Preisabsprachen zur Erzielung von Monopolprofiten. Die traditionellen Zweige der Montanindustrie und des Maschinenbaus erzielten dagegen weniger Profit und wurden stärker von Krisen erfaßt.

Dessau war damals wie heute eine Stadt des *Maschinenbaus*. Laut Volkszählung von 1925 lebten rund 70 000 Einwohner in der Stadt, 1929 (vor der Eingemeindung der rechtsmüdischen Dörfer) waren es knapp 80 000. Dessau war Zuzugsgebiet, was die bestehende Wohnungsverhältnisse. Von den rund 33 000 Erwerbstätigen (1925) gehörten rund 52 % zur Arbeiterklasse. In den verschiedenen Wirtschaftszweigen waren beschäftigt (in Auswahl):

Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	25 %
chemische Industrie	6 %
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	10 %
Bau- und Baunebengewerbe	5 %

Als neuer Industriezweig waren große Betriebe der *Luftfabrikindustrie* in Dessau entstanden. Die Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke übten einen entscheidenden

Einfluß auf das städtische Wirtschaftsleben aus. Dessau hatte einen Flugplatz und war zeitweilig an das Luftverkehrsnetz angeschlossen. Damals war die Luftfahrt in allen Ländern noch unrentabel. Da sie jedoch als potentielle Waffe im Krieg anzusehen war, wurde die Flugzeugindustrie von den Regierungen der kapitalistischen Hauptländer gefördert. Junkers, der private und staatliche Beteiligung wegen des damit verbundenen Einflusses auf seinen Familien-Konzern zunächst ablehnte, geriet im Frühjahr 1926 in Zahlungsschwierigkeiten. Über 2000 von insgesamt 2500 Arbeitern der Flugzeug- und Motorenwerke erhielten die Kündigung zugestellt. Daraufhin griff das Reichsverkehrsministerium ein, wurde zeitweiliger Teilhaber und sanierte den Junkers-Konzern mit 17 Millionen Mark (nach offiziellen Angaben). Die Weltwirtschaftskrise überstand der Konzern nicht. Im Frühjahr 1932 wurden die Zahlungen eingestellt und der gerichtliche Vergleich mit den Gläubigern beantragt. Betroffen waren nicht nur 3000 Arbeiter und Angestellte der Junkerswerke, sondern auch viele kleine Gläubiger des Dessauer gewerblichen Mittelstandes. Die Junkers-Werke wurden 1933 vom faschistischen Staat übernommen und auf Massenproduktion für den Krieg umgestellt.

Für die Industrie zu arbeiten, Typen, Serienprodukte zu entwickeln, war das erklärte Ziel des Bauhauses in Dessau. Leider gelang es ihm nicht, mit Dessauer Firmen in engen und fruchtbaren Kontakt zu kommen. Das mag unter anderem an der Struktur der Industrie gelegen haben. Wichtige Zweige der Konsumgüterindustrie, die das Bauhaus zur Kooperation benötigte, waren in Dessau nicht oder nicht mehr vertreten, wie zum Beispiel die Anhaltische Tapetenfabrik von Schütz, die Anfang der zwanziger Jahre in Konkurs gegangen war.

2 Titelseite einer KPD-Zeitung für den Stadtteil Ziebigk, 1931



Die – freilich nur partielle – Verbindung zur Großindustrie erstreckte sich auf folgende Gebiete:

- Typografie und Reklame (z. B. Inserate für die IG Farben 1929),
  - Gestaltung von Ausstellungen der Industrie (z. B. Stand von Junkers auf der Ausstellung „Gas und Wasser“ 1928 in Berlin),
  - Gestaltung der Industrieform (Verkleidung von Gasbadeöfen und Thermen),
  - Ausbildung von Formgestaltern für die Industrie.
- Die Wechselbeziehungen des Bauhauses zur Dessauer Industrie sind allerdings kaum erforscht, weshalb diese wenigen Andeutungen genügen mögen.

### Die Lage der werktätigen Schichten

Die Jahre 1924 bis 1929 waren Jahre der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Sie waren gekennzeichnet durch Bildung von Konzernen und Großkonzernen der Kali-, Zement-, Elektro- und Gasindustrie, der Konzentration und Rationalisierung der Produktion. Fortschritte bei der Entwicklung der Produktivkräfte wurden durch Verschärfung der Ausbeutung und niedrige Löhne (daher fortdauernde Lohnkämpfe) erzielt. Auf diese Weise suchte der deutsche Imperialismus den verlorenen Platz auf dem Weltmarkt zurückzuerobern. Hunderttausende von Arbeitskräften wurden freigesetzt. Sie bildeten ein ständiges Arbeitslosenheer von 4 bis 6 % der Beschäftigten. In der Zwischenkrise 1925/26 waren es sogar 10 %. In Dessau waren die Beschäftigten der Metallindustrie besonders betroffen. Die Stadt vergab Notstandsarbeiten und verteilte Milch und Brot an

3 Titelseite einer KPD-Betriebszeitung für die Arbeiter des Junkers-Konzerns, 1932



die Familien der Arbeitslosen, die keine Unterstützung mehr bekamen (die sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen). Im weiteren Verlauf der Konjunktur sank die Zahl der Erwerbslosen im Sommer 1927 auf den absolut niedrigsten Stand von 4 % und stieg seit Juli 1929 infolge der Weltwirtschaftskrise ununterbrochen an. Im Sommer 1932 war ein Stand der Arbeitslosigkeit von 33 % (= über 11 000 Erwerbslose) erreicht, von denen ein hoher Prozentsatz ausgesteuert war. Der städtische Etat konnte bis 1931 nur mit Mühe und von da an überhaupt nicht mehr bilanziert werden, und zwar vor allem wegen der Ausgaben für die „Wohlfahrtserwerbslosen“ (1931 = über zwei Millionen Mark oder  $\frac{1}{6}$  aller städtischen Ausgaben). Die KPD machte sich durch laufende Anträge im Gemeinderat zum Sprecher der Ärmsten der Armen. Ständig erschütterten Streikkämpfe das Gefüge des kapitalistischen Staates. Im Januar und Februar 1928 streikten 50 000 Metallarbeiter der Provinz Sachsen und des Landes Anhalt. Etwa 6000 Dessauer Arbeiter verließen die Großbetriebe des Maschinenbaues: Bamac, Stahlbau Köckert, Maschinenfabrik Becker, Dessauer Waggonfabrik, Junkers, Polysius, Askania-Werke. Die Industrielken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und Sachsens drohten mit der Aussperrung der übrigen 750 000 Metallarbeiter. In diesem Augenblick bewährte sich die Solidarität der Arbeiterklasse, die einen Kampffonds zur Unterstützung der streikenden mitteldeutschen Kollegen bildete. Nach  $5\frac{1}{2}$  Wochen wurde der gut organisierte Kampf mit einem Teilerfolg (Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfennig) abgebrochen. Es folgten jedoch im April 1928 die Streiks der 200 000 sächsischen Metallarbeiter und später der 500 000 Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Gegnerschaft des gewerblichen Mittelstandes gegen das Bauhaus und die besondere Anfälligkeit dieser Schicht für demagogische Phrasen sind bekannt. Einige Ursachen dafür sind in der sich ständig verschlechternden Lage der Mittelschichten zu finden. Die Inflation hatte zum Verlust der kleinen und mittleren Vermögen geführt. Besonders schwierig war die Lage der sogenannten Kleinrentner, die auf Grund vermeintlich sicherer Anlagen ihres Kapitals (z. B. in Staatsschuldverschreibungen) auf eine Rentenversicherung verzichtet hatten. Nun wurden sie Fürsorgeempfänger mit dem niedrigsten Satz. Die Emotionen dieser Schichten wurden unter anderem gegen fortschrittliche Bestrebungen in Kunst und Architektur gelenkt.

Unter dem Druck der Reparationsverpflichtungen suchte der Staat nach immer neuen Geldquellen. Die Industrie sollte nach Möglichkeit nicht belastet werden. Blieb der Besitz von bebauten und unbebauten Grundstücken. Die hypothekarische Verschuldung des Grundbesitzes stieg von 1924 bis 1929 um 300 % auf rund  $\frac{1}{3}$  seines Wertes. In den Städten wurde neben der Grundwertsteuer die Hauszinssteuer erhoben. Sie betrug in Dessau 1928 = 2 829 000 RM. Die Hauszinssteuer war mit 42 bis 47 % der Friedensmiete (Vorwelktkriegsmiete) angesetzt. Dazu kam noch eine Gebäudesteuer in Höhe von 10 % der Friedensmiete. Die Mieten bei Altbauten wurden, ebenfalls im Interesse der Industriemonopole, auf dem Stand von 1914 gehalten. Unter solchen Bedingungen suchten die Hausbesitzer ihre Interessen durchzusetzen, indem sie sich im „Bund der Haus- und Grundbesitzer“ organisierten, der seine Vertreter auch ins Dessauer Stadtparlament entsandte. Die Mittel aus der Hauszinssteuer flossen teils in den allgemeinen staatlichen und städtischen

Etat, teils wurden sie als Hypotheken für Neubauten zur Verfügung gestellt, um die Wohnungsnot lindern zu helfen.

### *Wohnungsbau und Siedlungspolitik*

Das Wohnungsproblem war das größte soziale Problem der Städte und Gemeinden in den 20er Jahren, ehe es durch die Fürsorge für die Arbeitslosen vom ersten Platz verdrängt wurde, ohne allerdings gelöst zu sein. So stand die Gemeinderatsitzung vom 17. Oktober 1925 unter dem Thema: „Bekämpfung der Wohnungsnot und des Wohnungsverfalls“. Die Wohnungsnot war die Folge der geringen Bautätigkeit während und nach dem Kriege. Zwischen 1919 und 1925 konnten im jährlichen Durchschnitt nur 120 Wohnungen errichtet werden (vor dem Kriege waren es 300). 1925 waren beim Dessauer Wohnungsamt 6000 Wohnungssuchende registriert und weitere 4500, die ihre Wohnung tauschen wollten. Die Zahlen hatten am Ende der 20er Jahre – infolge des starken Zuzugs von außerhalb – kaum abgenommen. Um der Wohnungsnot zu steuern, war man zur Bewirtschaffung des Wohn- und Gewerberaums übergegangen (Ende der 20er Jahre gelockert). Von 1926 an war der Handlungsspielraum der Stadtverwaltung etwas größer. Der Wohnungsbau wurde mit den Mitteln der Hauszinssteuer und durch Darlehen der städtischen Kreissparkasse gefördert. Allmählich konnten auch die Asyle und Baracken, von denen zwei in der Nähe des Bauhausgebäudes standen, beseitigt werden. Die Stadt dehnte sich nach Westen (Siedlung Hohe Lache), Nordwesten (Ziebigk), Süden (Peterholz-/Heidestraße, Törten) aus.

Die Ausdehnung erfolgte ohne Konzeption. Sie wurde nicht durch Siedlungsplanung, sondern von der Bereitstellung des Grund und Bodens und von den Bodenpreisen bestimmt. Diese waren am teuersten in der Nähe des Bauhausgebäudes (Siedlung und am Georgengarten) und am billigsten in Dessau-Süd. Auf diese Weise war auch dem Bauhaus die Möglichkeit genommen, die Umgebung des Bauhausgebäudes sinnvoll zu bebauen. Entscheidend für die Rentabilität des Siedlungsbaues war die Senkung der Kosten. Dem wirkten viele Faktoren entgegen: die Zersplitterung der Baustellen, hohe Aufschließungs- und Straßenkosten, unrentable Produktion auf der Baustelle im Hinblick auf Baumaterialien und Arbeitsabläufe und das Nebeneinander der verschiedenen Siedlungsgesellschaften.

Auch die Tatsache, daß 1926–29 über zwei Drittel aller Wohnungen in Einfamilienhäusern gebaut wurden, wie es der Siedlungspolitik der anhaltischen SPD unter Heinrich Peus entsprach, verteuerte die Kosten.

In Dessau wurden mit städtischen Mitteln errichtet:

1926	307 Wohnungen
1927	506 Wohnungen
1928	549 Wohnungen
1929	568 Wohnungen
1930	671 Wohnungen
1931	672 Wohnungen

Um 1930 bauten in Dessau vor allem folgende große Siedlungsgesellschaften: die Mitteldeutsche Wohnungsfürsorge GmbH Leipzig, die Gagfah und die Mitteldeutsche Heimstätte Magdeburg. Sie errichteten vorwiegend jene zwei- bis dreistöckigen schmucklosen Blöcke, die die Vorläufer des Scheunenstiels der 30er Jahre wurden, sich aber durch das traditionelle Satteldach „auszeichneten“.

Der Anteil der Törtener Versuchsbauten am Gesamtvolumen des Dessauer Siedlungsbaues war relativ niedrig. 1926 und 1927 betrug er rund 20 %, 1928 28 %, 1929 -- und 1930 rund 13 %.

Gebaut wurden:

Baujahr	Einfamilienhäuser bzw. Wohnungen	Kosten	Anzahlung	Miete (= mtl. Tilgungsrate)
1926	60 H	9 000 M	—	27,50 M
1927	100 H	10 500 M	—	45,00 M
1928	156 H			
	Typ 1927	10 600 M	1500 M	37,42 M
	Typ 1928	9 500 M	1000 M	25,41 M
1930	90 W (Laubenganghäuser)	8 000 M	—	37,50 M

Die Bestrebungen des Neuen Bauens waren einer pausenlosen Kritik von seiten des traditionellen Handwerks ausgesetzt.

Vom Bauhaus (bzw. dem Bauatelier Gropius) wurde erwartet, daß es die *billigsten* Wohnungen baue. Um dieser Forderung bei steigenden Kosten zu entsprechen, hatte Gropius 1928 einen vereinfachten Typ entwickelt, bei dem Obergeschoß und Treppe fehlten. Beim Konkurs des Anhaltischen Siedlerverbandes 1930/31 wurde offenbar, mit welchen Schwierigkeiten auch Gropius hatte kämpfen müssen:

- Die Baukosten-Indizes hatten sich ständig nach oben entwickelt (1913 = 100, 1924 = 142, 1929 = 172,5),
- die Hypothekenzinsen desgleichen (1926 = 7 %, 1927 = 8 %, 1928 = 8½ %, 1929 = 9½ %),
- während die für Hypotheken je Haus bereitgestellten Mittel gesenkt worden waren (1926 = 6000 M, 1927 = 5000 M, 1928/29 = 3500 - 4000 M).

Als Folge waren die Mieten für Neubauwohnungen (d. i. die monatlichen Tilgungsraten) unablässig gestiegen und hatten um 1930 eine Höhe erreicht, die allgemein nicht mehr tragbar war. Für die Wohnungen des Anhaltischen Siedlerverbandes am Großring, neben den Gropius-Häusern, mußten monatlich = 80,- M Miete bezahlt werden. Eine Ausnahme bildeten die 90 Volkswohnungen des Bauhauses unter Meyer in den Laubenganghäusern, die im Juli 1930 bezogen werden konnten und für die nur 37,50 M Miete zu entrichten war.

Ab Mitte 1931 wurde der Bau von Wohnungen eingestellt, weil niemand mehr das Risiko des Bauens übernehmen wollte. Die Architekturstudenten des Bauhauses beschäftigten sich mit Entwürfen und Projekten. Zur gleichen Zeit standen über 300 der in den vorangegangenen Jahren geschaffenen Wohnungen leer.

Die Wohnungsfrage blieb jedoch ungelöst. Die Arbeitslosen verlangten dringend nach billigem Wohnraum. Um der ärgsten Not abzuhelfen, wurde die Selbsthilfe der Arbeitslosen im Bau von sogenannten Stadtrandsiedlungen gefördert und organisiert.

#### Politische Kräftegruppierungen für und gegen das Bauhaus

Die Übernahme des Bauhauses durch die Stadt Dessau war eine Entscheidung von politischer Tragweite, wie die in der Öffentlichkeit mit Spannung verfolgten thüringischen

Ereignisse gezeigt hatten. Entscheidend und tragend für das Bauhaus wurde die Koalition, die SPD und DDP (Demokratische Partei) unter Führung von Oberbürgermeister Hesse 1918 in Dessau eingegangen waren und die sich - trotz zunehmender Belastung und Wandlung der politischen Partner - bis 1931/32 erhielt. Sie fand ihren Rückhalt beim Freistaat Anhalt, der mit dem Kabinett Deist/Dr. Weber ebenfalls sozialdemokratisch/demokratisch regiert wurde. Diese in Deutschland ungewöhnliche Konstellation ergab sich, weil einerseits die anhaltische SPD stark rechts orientiert war, während sich andererseits die linksliberalen bürgerlichen Kräfte schon vor 1918 für ein Zusammengehen mit der SPD ausgesprochen hatten.

Die Entscheidungen für oder gegen das Bauhaus fielen im Dessauer Gemeinderat, in dem 36 Stadtverordnete und 4 Magistratsmitglieder (der Oberbürgermeister, 2 Stadträte, der Stadtbaurat) gleichberechtigt abstimmten. Nachdem sich die SPD-Fraktion als Ergebnis eines Besuchs am Bauhaus in Weimar und unter dem Eindruck der Siedlungspolitik des Bauhauses für die Übernahme entschieden hatte, war im Gemeinderat eine ausreichende Mehrheit vorhanden. In der entscheidenden Sitzung vom 23. März 1925 stimmten 26 Abgeordnete und Magistratsmitglieder der SPD, DDP und KPD für und 15 Abgeordnete der Rechten (DNVP, DVP, Hausbesitzer) gegen das Bauhaus. Gleichzeitig wurde über die Errichtung eines Neubaus für die Schule entschieden. Damit war der Weg frei. Schon am 22. Juni 1925 konnte Gropius vor den Abgeordneten der zuständigen Ausschüsse sein Projekt des Neubaus erläutern, im September begannen die Ausschachtungsarbeiten für das Bauhausgebäude und die Meisterhäuser, und am 4. Dezember 1926 fanden die Feierlichkeiten zur Eröffnung des Bauhausgebäudes statt.

Die Eröffnung des Bauhausgebäudes war der eigentliche Höhepunkt in der Dessauer Zeit des Bauhauses. Er brachte dem Bauhaus internationale Anerkennung und zeigte den starken Rückhalt der Bewegung für modernes Bauen und moderne Formgestaltung. Bis dahin war eine Gegnerschaft, die sich, wie in Weimar, auf die Mittelschichten u. zw. besonders auf die Baugewerbe stützte, wenig in Erscheinung getreten. Das wurde anders mit der Vorbereitung der Wahlen zum Dessauer Stadtparlament, am 27. 11. 1927, als das Bauhaus erstmals Gegenstand des politischen Kampfes in Dessau wurde. Da die Gegner des Bauhauses über Fragen der Kunst angeblich nicht debattieren wollten, spielte der Vorwurf, öffentliche Gelder zu verschleudern, die Hauptrolle. So konnte die Reaktion, indem sie die Emotionen bestimmter Schichten gegen das Bauhaus lenkte, auch die das Bauhaus unterstützenden Parteien - DDP, SPD und KPD - treffen. Im Ergebnis der Gemeinderatswahlen von 1927 war die linke Mehrheit im Gemeinderat, die für das Bauhaus stimmte, sichtbar zusammengeschmolzen, eine Entwicklung, die man in der Führung der SPD dem Eintreten für das Bauhaus zuschrieb. 17 Stadtverordnete der SPD und DDP (ohne Magistratsmitglieder) standen 15 Abgeordneten der Rechten gegenüber. Da die zwei Vertreter der Bodenreformer und Mieter geneigt waren, gegen das Bauhaus zu stimmen, war bei den Stadtverordneten Stimmengleichheit erreicht. In dieser Situation konnten die beiden Stimmen der KPD den Ausschlag geben.

Nach den Wahlen dehnte sich die rechte Bewegung gegen das Dessauer Bauhaus, die keine lokal begrenzte Ange-

legenheit war, weiter aus. Eine Anzahl von Personen und Interessengruppen in Deutschland hatte beim Reichstag und beim Reichsarbeitsminister interveniert, die Versuchssiedlung Dessau-Törten nicht durch Gelder der Reichsforschungsgesellschaft für die Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen zu unterstützen. Der Vorstand des neu gegründeten Dessauer Bürgervereins (man könnte auch sagen: Anti-Bauhaus-Verein) und zwei ehemalige anhaltische Minister hatten in blindem Haß ihre Unterschrift unter das Dokument gesetzt. Richard Paulick jun., damals Architekt im Bauatelier Gropius, legte im „Volksblatt“ die Wurzeln des Kampfes um die Gelder der Reichsforschungsgesellschaft bloß:

„Es sei aber festgestellt, daß kein einziger unserer heute tätigen großen Baukünstler die Eingabe unterschrieben hat: weder Peter Behrens, noch Poelzig, Tessenow noch irgend ein anderer bedeutender Architekt. Revolte der Unbedeutenden: kleine Privatarchitekten, unbekannte Hochschulprofessoren, pensionierte Bauräte, der Dessauer Bürgerverein ... Die Eingabe kritisiert vor allem, daß die Grenzen des Ausschusses, der das Geld verteilt, eng sind. Von den Industrien ist nur die jüngste Bauindustrie, die Betonindustrie, vertreten, die schon seit langem auf eine Rationalisierung und Industrialisierung des Baubetriebes hinarbeitet. Die viel ältere Ziegel- und Kalkindustrie hat noch keine nennenswerten, viel weniger einen erfolgreichen Versuch zur Rationalisierung unternommen. Daß durch solche Umstellungen, die natürlich auch technische Folgen haben, gewisse Handwerker- und Architektenkreise ausgeschaltet werden, dürfte nicht ganz ohne historische Parallele sein ...“ [3]

Außer der lautstarken Gegnerschaft aus den genannten Kreisen hatte das Bauhaus in Dessau, wie Hesse später vor dem faschistischen Untersuchungsausschuß aussagte, „in allen Schichten der Bürgerschaft Beachtung und Sympathie gefunden“ [4]. Um die Ideen des Bauhauses zu unterstützen und zu propagieren, hatte sich wie in Weimar ein „Kreis der Freunde des Bauhauses“ gebildet, dem von seiten des Theaters Intendant Dr. Hartmann und GMD von Hoeßlin angehörten. Das war nicht zufällig, denn vom Bauhaus gingen starke Impulse für eine Erneuerung des Theaters aus, ohne daß allerdings die Bauhausbühne (Oskar Schlemmer) und das Theater enger zusammengearbeitet hätten.

Durch eine jährliche Unterstützung von 8000 RM aus städtischen Mitteln erhielt die 1927 neu eingerichtete Anhaltische Gemäldegalerie Gelegenheit, Bilder der Bauhausmaler Klee, Feininger, Kandinsky, Schlemmer, Schawinsky und Winter zu erwerben. Drei bedeutsame Ausstellungen der Werke von Kandinsky, Klee und Feininger machten die Dessauer mit dem Schaffen der in ihrer Stadt lebenden Meister bekannt. 1933 wurden die Werke unter dem Titel „artfremde Kunst“ noch einmal

gezeigt und anschließend in der Mehrzahl in die Schweiz verkauft.

Das Bauhaus blieb in seiner Existenz stets gefährdet. Die politische Koalition DDP/SPD, die das Bauhaus sieben Jahre in Dessau trug, stimmte in der Bauhausfrage bald nicht mehr überein. Vor allem die SPD hätte sich ab 1927 gern der Verantwortung entzogen, wenn dies möglich gewesen wäre. Denn die Rechte nutzte jede Gelegenheit, um unter dem Vorwand des Kampfes gegen das Bauhaus gegen die genannten Parteien aufzutreten und deren Einfluß bei den Wählern zu untergraben. Die Führer der SPD waren außerdem nicht bereit, die fortschrittliche politische Entwicklung am Bauhaus selbst – im Lehrkörper und unter den Studierenden – zu akzeptieren. Die Forderung der sozialdemokratischen Führer, die kommunistischen Studierenden und schließlich den Direktor Hannes Meyer zu entfernen, traf sich mit den Absichten des Oberbürgermeisters.

Die allgemeinen deutschen und die besonderen Dessauer Verhältnisse hatten sich inzwischen so verändert, daß die sozialdemokratisch-demokratische Koalition nicht weiterbestehen konnte. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise gab es in Dessau rund 12 000 Arbeitssuchende. Die bürgerlichen Parteien nahmen unaufhaltsam Kurs nach rechts. Unter diesem Druck verschwanden die linksgerichteten bürgerlichen Parteien, darunter die Demokratische Partei, die ab 1931 keinen Vertreter mehr ins Dessauer Stadtparlament entsenden konnte.

Nach den Gemeinderatswahlen vom Herbst 1931 waren die Anträge des rechten Blocks, das Bauhaus aufzulösen (die Faschisten verstiegen sich sogar dazu, den Abbruch des Bauhausgebäudes zu verlangen), nur noch mit Mühe abzuwehren. Den 17 Stadtverordneten von SPD und KPD standen 19 Vertreter der Rechten, darunter 15 Nazis, gegenüber. Noch hätten die vier Magistratsmitglieder, die der SPD und der Staatspartei (ehemals Demokraten) angehörten, den knappen Ausschlag geben können. In der Gemeinderatssitzung vom 22. August 1932 enthielt sich jedoch die SPD-Fraktion der Stimme. Außer dem Oberbürgermeister stimmten nur die vier kommunistischen Abgeordneten für die Erhaltung der fortschrittlichen künstlerischen Lehranstalt. Damit war das Schicksal des Bauhauses besiegelt.

### Anmerkungen

Zahlen und Fakten zu diesem Aufsatz wurden den anhaltischen Tageszeitungen „Anhalter Anzeiger“ und „Volksblatt für Anhalt“ entnommen bzw. aus ihnen zusammengestellt.

[1] Zs. bauhaus, Nr. 1/1926

[2] Anhalter Anzeiger vom 10. 3. 1925

[3] Volksblatt für Anhalt vom 29. 8. 1927

[4] Stadtarchiv Dessau, Bauhaus/UH/1